

2. Juni 2017: Pressemitteilung der Vereine maiz, SXA-Info, PiA, iBUS und LEFÖ

2. Juni ist Internationaler Hurentag

Utl.: Beratungsstellen fordern die Durchsetzung der Rechte für Sexarbeiter*innen, die auch für alle anderen Berufe gelten.

Anlässlich des Internationalen Hurentages fordern die Unterstützungsorganisationen für Sexarbeiter*innen maiz (Linz), PiA (Salzburg), iBUS (Innsbruck), SXA-Info (Graz) und LEFÖ (Wien) die volle Durchsetzung von Arbeitsrechten für Sexarbeiter*innen und einen respektvollen Umgang.

Die Arbeitsrechte von Berufstätigen in Österreich wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in Begutachtung genommen und beurteilt, ob sie ausreichend Schutz bieten. Im Vergleich dazu sind die Arbeitsrechte von Sexarbeiter*innen weit abgeschlagen und stellen nicht einmal Mindeststandards sicher: Sexarbeiter*innen haben viele Pflichten, aber wenig Rechte!



So können Sexarbeiter*innen in Österreich zwar nur als „Selbständige“ tätig sein, werden jedoch von Betreiber*innen und anderen – wie beispielsweise den Finanzbehörden – wie Angestellte behandelt. Die Realität klappt somit von den rechtlichen Rahmenbedingungen weit auseinander. „Es braucht unbedingt Möglichkeiten zur tatsächlich selbstständigen Ausübung von Sexarbeit und somit einhergehend eine Entkriminalisierung ihrer Tätigkeit. Liegen Dienstnehmer*innenähnliche Arbeitsverhältnisse vor, so sollen diese nicht nur steuerrechtlich als solche eingestuft werden, sondern mit allen entsprechenden Arbeitsrechten ausgestattet werden“, betont der Verein maiz, stellvertretend für die Organisationen.

Ein repressiver und respektloser Umgang, vor allem mit migrantischen Sexarbeiter*innen zeigt sich aktuell besonders in Innsbruck, wo mit vielen verschiedenen Mitteln – unter anderem mit einem noch repressiveren Landespolizeigesetz, das in Kürze in Kraft treten wird – versucht wird, Sexarbeiter*innen das Geschäft zu vermiesen. Durch regelmäßige Razzien werden Sexarbeiter*innen vom Straßenstrich – somit aus dem öffentlichen Raum – vertrieben. Das repressive Vorgehen gegen den Straßenstrich und die Verdrängungspolitik in Innsbruck sind aufs Schärfste zu kritisieren: Sexarbeiter*innen werden festgenommen und bis zu 24 Stunden arrestiert oder einfach abgeschoben und mit fünf-jährigen Aufenthaltsverboten für ganz Österreich „bestraft“. Dies alles geschieht im Namen der öffentlichen Ordnung und anscheinend um die Volksgesundheit zu schützen.

Die Organisationen bewerten dies als diskriminierendes und gleichzeitig rassistisches Vorgehen. „Diese Kriminalisierung ist menschenverachtend und heuchlerisch und entbehrt des Respekts Menschen gegenüber“, so die Mitarbeiterinnen von iBUS. „Seitens verschiedener politischer Akteur*innen – unterstützt durch die Exekutive – wird den

Interessen von Anrainer*innen mehr Gewicht beigemessen als den Interessen von Sexarbeiter*innen.“

Wir fordern die politischen Vertreter*innen auf, dem restriktiven und kriminalisierenden Vorgehen einen Riegel vorzuschieben. Es braucht Rahmenbedingungen zur Ausübung von Sexarbeit, die ein autonomes und sicheres Arbeiten gewährleisten und die nicht die Interessen von Anrainer*innen über die von Sexarbeiter*innen stellen.

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen. Sexarbeiter*innen sind Teil der österreichischen Gesellschaft und es muss ihnen der gleiche Rechtsschutz und Zugang zu Gerechtigkeit wie allen anderen Menschen zustehen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die Organisationen betonen anlässlich des Internationalen Hurentags am 2. Juni: Entkriminalisierung ist von grundlegender Bedeutung für eine menschenrechtsbasierte Einstellung zu Sexarbeit. Alle Gesetze und Verordnungen, die sich negativ auf die Gesundheit, auf die Sicherheit sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter*innen auswirken, sollten endlich aufgehoben werden.

Aktionen am 2. Juni 2017, anlässlich des Internationalen Hurentags:

Wien, 16.00 bis 19.00 Uhr

7., Urban-Loritz-Platz (vor der Hauptbücherei)

Mit: Info-Café, Live-Musik von Schapka und Helga Popaczy, u.v.a.m.

Gemeinsam mit den Vertreter*innen der Grünen Frauen Wien, den KPÖ Frauen, Red Edition und dem Kollektiv „Take back the Streets“ lädt LEFÖ zu diesem Aktionstag ein!

Graz, 16.00 bis 18.00

Frauenstadtspaziergang mit SXA-Info zum Internationalen Hurentag

Treffpunkt: Lendplatz 38, Verein Frauenservice Graz

Sexarbeit: Eine Arbeit wie jede andere? Schwerpunkt des Spaziergangs sind die Lebens- und Arbeitswelten von Sexarbeiter_innen und verschiedene feministische Positionen zum Thema Sexarbeit.

	PiA - Information & Beratung für Sexarbeiter_innen www.frau-und-arbeit.at Christine Nagl: projekt-pia@frau-und-arbeit.at
	LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen www.lefoe.at Renate Blum: info@lefoe.at
	Maiz - Autonomes Zentrum von & für Migrant_innen www.maiz.at sexwork@maiz.at
	SXA-Info - Information und Beratung für Sexarbeiter_innen www.frauenservice.at Michaela Engelmaier: michaela.engelmaier@frauenservice.at
	iBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen www.aep.at ibus@aep.at

2. Juni 1975: Proteste und Kirchenbesetzung von Sexarbeiter*innen in Frankreich

Vor mehr als 40 Jahren besetzten über hundert Sexarbeiter*innen die Kirche Saint-Nizier in Lyon. Unter dem Slogan „Der Staat ist der größte Zuhälter“ protestierten sie in erster Linie gegen die schikanöse Polizei, die ihnen die Arbeit fast verunmöglichte und mit willkürlichen Strafen wegen des „Anwerbens“ von Kunden viel Geld abnahm. Zeitgleich riefen die Sexarbeiter*innen einen Streik aus, der sich auch auf andere französische Städte ausweitete. Nach acht Tagen ließ der Innenminister die Kirche räumen, mit der Begründung, die Frauen würden allesamt von Zuhältern kontrolliert, die auch die Anstifter dieser Aktion seien. „Es reduziert damit einen Frauenkampf, der weltweite Schlagzeilen gemacht hat, zu einer Rangelei zwischen Männern: hier `Zuhälter`- da `Ordnungskräfte`“, schreibt Pieke Biermann in ihrem Buch „Wir sind Frauen wie andere auch! Prostituierte und ihre Kämpfe“. Diese Strategie ist noch heute üblich, um Sexarbeiter*innen, die sich öffentlich äußern, zu diffamieren und Sympathien in der restlichen Bevölkerung zu zerstreuen.